

Forschungsinstitut
Urban Management & Governance
Tätigkeitsbericht 2013

1 Editorial

1.1 Aufgaben des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut für Urban Management and Governance wurde Ende 2010 eingerichtet, um Fragestellungen des modernen Stadtmanagements sowie der Urban Governance auf interdisziplinärer – vor allem wirtschafts-, rechts- und organisationswissenschaftlicher – Basis zu untersuchen und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Nach Einrichtung der notwendigen Infrastruktur an der WU wurden Projekte in unterschiedlichen Schwerpunktbereichen entwickelt. Die Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts im Berichtsjahr 2013 soll im Folgenden dargestellt werden. Der Anspruch an eine Balance von wissenschaftlicher Forschung, anwendungsorientierter Expertise und Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch mit EntscheidungsträgerInnen in der kommunalen Verwaltungspraxis nahm von Anfang an eine wesentliche Stellung ein. Die Aktivitäten des Forschungsinstituts wurden im Jahr 2013 weiterhin in diese Richtung verstärkt, wie der vorliegende Bericht dokumentieren soll.

1.2 MitarbeiterInnen

Das Team des Forschungsinstituts für Urban Management and Governance besteht aus je einer Professorin aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Öffentliches Recht sowie ihren jeweiligen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen:

Leitung:

- Univ.-Prof. Dr. Verena Madner
- Univ.-Prof. Dr. Renate Meyer

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen:

- Mag. Stefanie Bramböck
- Prof. Dr. Caroline Dufour (Gast)
- Mag. (FH) Isabell Egger-Peitler
- Mag. Peter Erhart (Gast)
- Mag. Julia Kager
- Prof. Dr. Martin Kornberger
- Mag. Stefan Mayr, LL.M.
- Katharina Prochazka, LL.M.
- Mag. Erwin Streimelweger
- Johannes Hartlieb, B.Sc., LL.B.
- Birgit Hollaus, LL.B.
- Katharina Isepp, LL.B., BSc, MSc

Weitere MitarbeiterInnen:

- Kilian Egger-Peitler
- Mag. Heike Wiesner

Darüber hinaus waren im Berichtszeitraum folgende WissenschaftlerInnen der WU, die im Themenbereich Urban Management and Governance forschen, über Forschungsprojekte an das Institut angebunden:

- Thomas Hofer, BSc, LL.B.
- Eva-Maria Jungmeir, B.A., BSc
- Dr. Stephan Leixnering
- Sophie Melzer, BSc
- Dipl.-Verw. Wiss. Tobias Polzer

2 Tätigkeiten im Jahr 2013

2.1 Forschung

Die im Folgenden angeführten Forschungsaktivitäten und -ergebnisse stammen aus Urban-Management-spezifischen Projekten der MitarbeiterInnen des Forschungsinstituts bzw. zugeordneter ForscherInnen des Berichtsjahres 2013.

Forschungsfeld: Steuerung autonomer Einheiten und Public Corporate Governance

Steuerung (semi-)autonomer Einheiten von Gebietskörperschaften

Gebietskörperschaften, insbesondere Kommunen als Erbringerinnen von Daseinsvorsorgeleistungen, erstellen wesentliche Teile ihrer Leistung mithilfe verselbständigter Einheiten, die sich voneinander in ihrem Autonomiegrad unterscheiden: teilselbständige Einheiten innerhalb der Verwaltung, ausgegliederte Rechtsträger des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts sowie zahlreiche gemischtwirtschaftliche Beteiligungen; darüber hinaus existieren etwa in Wien auch von der Stadt selbst eingerichtete Fonds.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen (beispielsweise für Haushaltsführung/Bilanzierung und Dienstrecht) und Governance-Strukturen weichen nicht unwesentlich von jenen der internen Stadtverwaltung ab. Die Steuerung dieser unterschiedlich ausgeformten Organisationen obliegt in der Regel den Führungskräften innerhalb der Stadtverwaltung und muss eine

ausreichende Dezentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen bei gleichzeitiger Sicherstellung von politischer, finanzieller, rechtlicher und leistungsbezogener „Accountability“ gewährleisten. Dies macht sog. „harte Faktoren“ wie entsprechendes Know-How, klare Zielvorgaben sowie definierte Parameter, anhand derer sich die Qualität, Effizienz und Effektivität der Leistungserbringung messen und die Organisation steuern lässt, ebenso erforderlich wie sog. „weiche Faktoren“ wie geteilte Werte und implizites Wissen.

Ziel dieses Projektes ist es zu untersuchen, inwiefern die Governance-Konfiguration der jeweiligen Einheiten (Rechtsform, Autonomiegrad, Steuerungsform etc.) der Balance zwischen Effektivität, Effizienz und Qualität einerseits und der politischen Verantwortung, die Erbringung einer Vielzahl von Leistungen für die BürgerInnen sicherzustellen andererseits, gerecht wird und in welchen Bereichen Verbesserungspotential besteht. Besonderes Interesse gilt dabei Fragen nach den Steuerungs- und Kontrollmechanismen (z.B. finanzielles Management, Controlling, Performance Management, Auditing, Risikomanagement), der organisationalen Ausgestaltung der autonomen Einheiten und ihrer Aufsichtsgremien (z.B. Macht- und Verantwortungsverteilung, Besetzung der Aufsichtsgremien, Reporting-Vorgaben, Ausmaß der Autonomie), dem Auftrag dieser Organisationen sowie ihren organisatorischen wie individuellen Zielvorgaben und schließlich den Anforderungen und Qualifikationsprofilen der handelnden AkteurInnen

sowie deren Verantwortlichkeit gegenüber der Kommune auf Verwaltungs- und politischer Ebene.

Im Berichtsjahr wurde nahtlos an die Forschungstätigkeit des Vorjahres angeschlossen: Im Fokus des Forschungsinteresses standen funktionale wie institutionelle Fragen der Beteiligungssteuerung sowie die Problematik von Koordination und Kohärenz verselbständigter Organisationen. Dazu wurde ein umfassender interner Zwischenbericht des Forschungsprojektes erstellt, der auch die Grundlage für Konferenzbeiträge, Vortragstätigkeiten und Publikationen im Berichtszeitraum bildete, um erste Forschungsergebnisse national wie international zu diffundieren.

Public-Corporate-Governance-Kodizes

Kodizes stellen ein mögliches Instrument dar um öffentliche Beteiligungsunternehmen über das Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung zu steuern. Angelehnt an Corporate-Governance-Kodizes für börsennotierte Unternehmen, wie sie in Österreich und Deutschland seit zehn Jahren bestehen, beschließen auch Gebietskörperschaften vermehrt solche Kodizes; in Österreich zuletzt das Land Salzburg und der Bund. Besonders im Bereich der deutschen Kommunen ist in den vergangenen Jahren ein Ansteigen verabschiedeter Kodizes zu verzeichnen. Das vom WU-Jubiläumsfonds der Stadt Wien finanzierte Forschungsprojekt hat einerseits zum Ziel, den aktuellen Umset-

zungsstand von solchen Kodizes zu erheben; andererseits sollen vorhandene Kodizes vergleichend untersucht werden, um typische Elemente gleichermaßen wie individuelle Regelungsgegenstände zu identifizieren. Weiters soll die Frage behandelt werden, inwiefern das Instrument Kodex sektorenübergreifend auch im öffentlichen Bereich wirksam eingesetzt werden kann.

Im Berichtsjahr wurde die angelaufene Statusquo-Erhebung fortgesetzt und um eine komparative Inhaltsanalyse deutscher kommunaler Kodizes ergänzt. Erste Ergebnisse der Untersuchung konnten im Berichtszeitraum bereits publiziert werden und wurden im Rahmen des akademischen Diskurses in der deutschsprachigen Community auch sichtbar rezipiert.

Forschungsfeld: Internes Management von Stadtverwaltungen

Public Service Motivation

Den Schwerpunkt im Forschungsbereich bildete die Diffusion der bereits erarbeiteten Forschungsergebnisse in der internationalen Scientific Community. Mit dem Beitrag „Of Bureaucrats and Passionate Public Managers: Institutional Logics, Executive Identities, and Public Service Motivation“ wurden zentrale Erkenntnisse dieses Forschungsschwerpunktes durch Publikation in dem angesehenen Journal *Public Administration* einem internationalen Publikum zugänglich gemacht.

Europäische Führungskräftebefragung zur Verwaltungsmodernisierung

Das 2012 begonnene Engagement im EU-Forschungsprojektes COCOPS wurde auch 2013 fortgesetzt. Es fanden erste Auswertungen der Ende 2012 durchgeführten Führungskräftebefragung zu Implementierung und Auswirkungen von Verwaltungsreformtrends, insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzkrise, statt. Auch die Vermittlung der Ergebnisse an die Verwaltungspraxis und Vorbereitungen für vertiefende Analysen und wissenschaftliche Publikationen wurde 2013 begonnen.

Diese Befragung stellt mit weit mehr als 20.000 erfassten Führungskräften in sechzehn Ländern die bisher größte ihrer Art dar. Sie hat zum Ziel, in systematischer und vergleichender Form die Trends und Auswirkungen von Verwaltungsreformaktivitäten zu erfassen. Für die Koordination und Durchführung des Österreich-Teils der Befragung sind das Forschungsinstitut sowie das Institut für Public Management und Governance zuständig. Aufbauend auf einer der höchsten Rücklaufquoten aller beteiligten Länder wurde im Berichtsjahr mit der vielversprechenden Auswertung begonnen und erste Ergebnisse wurden in Form von Vorträgen bereits an die Verwaltungspraxis zurückgespielt. Es wurden Beiträge zur beginnenden vergleichenden Auswertung auf europäischer Ebene geleistet, erste Ergebnisse im Rahmen von Fachvorträgen vorgestellt, und im Rahmen der jährlichen Konferenz der European Group of Public Administration fand

ein Treffen der ProjektpartnerInnen (insbesondere zur Planung und Koordination eines gemeinsamen Buchprojektes im Verlag Edward Elgar) statt.

Forschungsfeld: Smart Cities und nachhaltige Stadtentwicklung

Bereits ein kurzer Blick auf einige Fakten zeigt deutlich die urbane Dimension der aktuellen Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung. So leben etwa 75% aller EuropäerInnen in Städten, 2050 werden es sogar 85% sein. Weltweit werden etwa drei Viertel der Energie in Städten verbraucht und 80% der Treibhausgasemissionen in Städten „produziert“. Diese Fakten, aber auch die hohe Problemlösungskapazität, die mit der Stadt – insbesondere die Smart City – assoziiert wird, bildet den Ausgangspunkt dieses Forschungsfeldes.

In einer Reihe von Einzeluntersuchungen werden, speziell aus rechtswissenschaftlicher Perspektive, Instrumente und Governance-Strukturen für die Realisierung von Smart-City-Konzepten analysiert. Das Spektrum der Fragen, die sich hier neu ergeben, reicht dabei von konkreten Detailuntersuchungen – z.B. zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung von neuen Stadtteilen als Smart-City-Pilotprojekte oder zur Energieraumplanung – bis hin zu grundsätzlichen Fragestellungen – z.B. ob und wie das Recht Flexibilität, Partizipation und soziales Lernen (und damit Resilienz) fördern bzw. hemmen kann.

Im Berichtsjahr wurde zu diesem Forschungs-

feld an folgenden Schwerpunktprojekten gearbeitet:

Smart Cities aus der Perspektive von Recht und Governance

Da sich unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen mit einem weit verstandenen Topos Nachhaltigkeit beschäftigen, stellt sich die Frage nach der Anschlussfähigkeit bzw. Relevanz solcher Ergebnisse für das Forschungsfeld. In dem Ausmaß, in dem man den Schlüssel zur Zukunft der Smart City nicht allein in technologischem Fortschritt begründet sieht, erfordert die Erforschung der smarten Stadt auch die Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen der Steuerungs- und Prozessqualität und mit den Spezifika lokaler (rechtlicher) Institutionen. Das Grundlagenprojekt „Smart Cities aus der Perspektive von Recht und Governance“ beschäftigt sich mit den rechtsstaatlich-demokratischen Anforderungen urbaner Governance und soll neue, grundsätzliche Einsichten über die Funktion und Grenzen des Rechts für die Gestaltung und Entwicklung von Städten eröffnen.

Raumordnungs- und Baurecht als Instrumente Städtischer Klimapolitik

Die Strukturen, in denen Städte sich nachhaltig entwickeln sollen, sind in hohem Maße durch rechtlich-institutionelle Vorgaben mitgeprägt. Raumordnungs- und Baurecht sind zwei für den städtischen Klimaschutz beson-

ders erfolgskritische rechtliche Handlungsfelder. Vor dem Hintergrund des besonderen Interesses der Stadt Wien an nachhaltiger Stadtentwicklung im Rahmen ihrer Smart-City-Strategie soll das Projekt erstmals eine systematische Auseinandersetzung mit dem Potenzial des Raumordnungs- und Baurechts für die Klimapolitik der Stadt leisten. Die Betrachtung innovativer klimapolitischer Lösungsansätze (Good Practices) in Städten, die ähnliche Ziele verfolgen und die Wien auch im internationalen Standortwettbewerb gegenüberreten, ist insoweit von besonderem Interesse. Neue Erkenntnisse kann das Projekt insbesondere durch eine Analyse erbringen, die auf die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen Bedacht nimmt. Die Ergebnisse sollen für Lernprozesse in der städtischen Klimapolitik fruchtbar gemacht werden und Potenziale für die Klimapolitik der Stadt Wien im Bereich des Raumordnungs- und Baurechts sollen aufgezeigt werden.

Für das laufende Projekt konnten erfolgreich zusätzliche Mittel lukriert werden. Im Berichtsjahr wurden in einer vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die WU finanzierten Teilprojekt, die in der Bauordnung für Wien verankerten Maßnahmen analysiert und Good Practices europäischer Städte gesammelt. Um das Wissen und die Erfahrung von ExpertInnen aus Praxis und Wissenschaft in die Forschungsarbeiten einfließen zu lassen, werden dazu Interviews durchgeführt.

Öffentlichkeitsbeteiligung in der Infrastrukturplanung

Große Infrastrukturprojekte gehen in der Regel mit großen Widerständen der Bevölkerung, von NachbarInnen und Umweltorganisationen einher. Vielfach findet deren (freiwillige oder verpflichtende) Einbeziehung jedoch erst in einem sehr späten Stadium der Projektplanung bzw. im Genehmigungsverfahren selbst statt, und damit zu einem Zeitpunkt in dem der Planungsprozess in vielerlei Hinsicht bereits finalisiert ist. Informelle Formen der Öffentlichkeitbeteiligung wie z.B. die Mediation gewinnen an Bedeutung.

Der Schwerpunkt dieses von Univ.-Prof. Dr. Thomas Groß (Universität Osnabrück) initiierten rechtsvergleichenden Projektes ist eine vergleichende Untersuchung der rechtlichen Grundlagen und der Verwaltungspraxis betreffend die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Infrastrukturplanung in ausgewählten europäischen Ländern (Österreich, Deutschland, Schweiz, Frankreich, Niederlande, Schweden, Italien, Spanien, Polen, Großbritannien).

Städtebauvorhaben und Umweltprüfung

Neu entwickelte „Musterstadteile“ bieten die Gelegenheit, gleichsam in einem „urban living lab“ tragfähige und intelligente Lösungen für die Stadt der Zukunft zu erproben. Das Projekt setzt sich mit Städtebauvorhaben im Spannungsfeld zwischen Umweltschutzanforderungen und Zielen der Stadtplanung ausei-

nander. Das Thema ist für Wien, als eine wachsende Stadt, von besonderer Relevanz. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die umweltrechtlichen Vorgaben für Städtebauvorhaben dem spezifischen planerischen Charakter solcher Vorhaben unzureichend Rechnung tragen und zahlreiche Rechtsfragen aufwerfen. Im Berichtsjahr wurden im Rahmen einer Masterarbeit erste Ergebnisse hinsichtlich einer Reihe von Auslegungsfragen vorgelegt.

Forschungsfeld: Good Urban Governance

Organizing the Open

Im Berichtsjahr 2013 wurde das Projekt „Organizing the Open“ gestartet. Ziel ist es, Möglichkeiten, Grenzen und Folgen von Bestrebungen zu untersuchen, und Good Governance-Prinzipien wie Transparenz, Partizipation und Offenheit in öffentlichen Organisationen zu integrieren, die unter dem Begriff „open government“ diskutiert werden. Im Zentrum des Forschungsinteresses stehen dabei die Veränderungen der Rolle und Struktur von Stadtverwaltungen. Ein Beispiel dafür stellt „open data“ dar – durch die Offenlegung von öffentlichen Daten die damit auch weiter analysiert und verwendet werden können (etwa um Applikationen zu entwickeln) sollen neue Möglichkeiten der Teilhabe von BürgerInnen und der lokalen Wertschöpfung eröffnet werden. Gleichzeitig bedeutet eine solche Öffnung aber auch technische, rechtliche und soziale Herausforderungen für Organisationen. Das Projekt geht der Frage nach dem

Umgang mit solchen Auswirkungen nach.

Im Bereich „open data“ spielt die Stadt Wien im europäischen Kontext eine Vorreiterrolle: Die Forschungsfrage, inwiefern sich Organisationsdesign und Managementpraktiken angesichts der Herausforderungen, Möglichkeiten und Risiken von „open government“ verändern, wird daher mithilfe von Analyse von Dokumenten und Berichten sowie Interviews mit ManagerInnen und ExpertInnen der Stadt Wien sowie Mitgliedern der „open-source“-Community bearbeitet. Im Berichtsjahr 2013 wurden Interviews mit zuständigen Führungskräften in der Stadtverwaltung durchgeführt und der Austausch mit der Praxis im Rahmen von Veranstaltungen eröffnet.

Recht und Verwaltung in Wien – Ein Handbuch

Wien spielt im österreichischen Verfassungsgefüge eine besondere Rolle: Es ist das bevölkerungsreichste Bundesland, die größte Gemeinde des Landes und durch die thematische Breite und Vielfalt der Aufgaben auch einer der größten „Konzerne“ Europas. Diese Sonderstellung wirft zahlreiche juristische Fragen auf – von grundsätzlichen Fragen der Organisation und der demokratischen Vertretung bis hin zu speziellen Bereichen wie Daseinsvorsorge, Stadtplanung, Umweltschutz, Kultur oder öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen.

Mit dem Handbuch „Recht und Verwaltung in Wien“ entsteht ein praxisorientiertes Nachschlagewerk, das einen raschen Einstieg in die verschiedensten Themenkomplexe ermögli-

chen soll.

In Teil 1 des Werkes stellen AutorInnen mit einschlägiger verfassungsrechtlicher Expertise die verfassungsrechtlichen und organisatorischen Grundlagen dar und geben einen allgemeinen Überblick über die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen und konkreten Ausprägungen der Privatwirtschaftsverwaltung in Wien. Der besondere Teil des Werkes – Teil 2 – befasst sich mit der zusammenhängenden Darstellung ausgewählter Fachmaterien. Angelehnt an die Geschäftsgruppeneinteilung des Magistrats beleuchtet jeweils ein Team, bestehend aus VertreterInnen der Praxis (MitarbeiterInnen diverser Magistratsabteilungen) und der Wissenschaft (WU), die Probleme und Anforderungen des jeweiligen Sachgebiets.

Im Berichtsjahr 2013 konnten die inhaltlichen Arbeiten am Projekt „Handbuch Wien“ weitgehend abgeschlossen werden.

2.2. Wissenschaftliche Publikationen, Konferenzbeiträge und Vorträge

Im Rahmen der Forschungstätigkeit am Institut entstanden Publikationen in facheinschlägigen Organen und Konferenzbeiträge:

- Brandtner, Christof, Höllner, Markus, Kornberger, Martin, Meyer, Renate. 2013. Enacting urban governance through strategy: A comparative study on governance configurations in Sydney and Vienna. 29th EGOS Colloquium, Montréal, Kanada, 04.07.-06.07.2013.

- Egger-Peitler, Isabell. 2013. Wie Wirkungen den Bund steuern - ein neues Steuerungskonzept für den österreichischen Bund. *Verwaltung und Management* 82-89.
- Egger-Peitler, Isabell, Kittel, Bernhard. 2013. PSM: Work attitudes and value orientations of professionals in the public and private sector. *IIAS Conference Public Service Motivation*, Utrecht, Niederlande, 14.11.-16.11.
- Hyndman, Noel, Liguori, Mariannunziata, Meyer, Renate, Polzer, Tobias, Rota, Silvia, Seiwald, Johann. 2013. The translation and sedimentation of accounting reforms. A comparison of the UK, Austrian and Italian experiences. dx.doi.org/10.1016/j.cpa.2013.05.008. *Critical Perspectives on Accounting*.
- Knassmüller, Monika, Meyer, Renate. 2013. What kind of reflection do we need in public management? *Teaching Public Administration* 31 (1): 81-95.
- Kornberger, Martin. 2013. Disciplining the future. On studying the politics of strategy. *Scandinavian Journal of Management* 29: 104-107.
- Kornberger, Martin. 2013. Clausewitz on Strategy, *Business History* 55(7): 1058-1073.
- Kornberger, Martin. 2013. Strategie und Stadtplanung. Vortrag an der Universität Zürich, Department für Business Administration.
- Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2013. Public Management und Daseinsvorsorge. Aktuelle Problemstellungen zur Daseinsvorsorge aus der Sicht von Public Governance. In: *Die Organisation der Daseinsvorsorge im Binnenmarkt*. Schriftenreihe Daseinsvorsorge, Band II, Hrsg. P/S/R, 29-36. Wien, Graz: Neuer wissenschaftlicher Verlag.
- Leixnering, Stephan, Bramböck, Stefanie. 2013. Public-Corporate-Governance-Kodizes: Die Köpenickiade der Beteiligungsverwaltung. *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen* 36 (2): 170-190.
- Macrory, Richard, Madner, Verena, Mayr, Stefan. 2013. Consistent interpretation. In: *National Courts and EU Environmental Law*, Hrsg. Jan H. Jans, Richard Macrory, Angel-Manuel Moreno, 37-50. Groningen: Europa Law Publishing.
- Madner, Verena. 2013. Smart Cities - Die Perspektive von Recht und Governance. ITA-Seminar, Akademie der Wissenschaften, Wien, 15.01.
- Madner, Verena. 2013. Überblick über die Industrieemissionsrichtlinie – Knackpunkte für Legistik und Vollzug. *Industrieemissionsrichtlinie. Umsetzung in nationales Recht*, ÖWAV Wien, 23.01.
- Madner, Verena. 2013. Neue Entwicklungen im Europarecht. Verwaltungsgerichte. Alles neu im Umweltschutz? JKU Linz, Österreich, 11.09.-12.09.
- Madner, Verena. 2013. UVP und Rechtschutz: Vom Umweltsenat zum Bundesverwaltungsgericht. 1. Österreichischer UVP-Tag: Praxis der UVP und Beitrag zur Energiewende, WU Wien, 5.11.
- Madner, Verena. 2013. Die Industrieemissionsrichtlinie und ihre Umsetzung in Österreich. *Neue Herausforderungen*

rungen durch die Industrieemissionsrichtlinie. Fachtagung, JKU Linz, Österreich, 28.11.

- Madner, Verena. 2013. Neue Entwicklungen im Europarecht. In: Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts 2013, Hrsg. Institut für Umweltrecht/ÖWAV, 1-22, Wien: Manz.
- Madner, Verena. 2013. Anlagenrelevantes Umweltrecht - Naturschutzrecht. In: Öffentliches Wirtschaftsrecht, Band II, 3. Auflage, Hrsg. Holoubek/Potacs, 945-976. Wien: Springer.
- Madner, Verena. 2013. Umweltverträglichkeitsprüfung. In: Öffentliches Wirtschaftsrecht, Band II, 3. Auflage, Hrsg. Holoubek/Potacs, 2-52. Wien: Springer.
- Madner, Verena. 2013. Austrian Report. In: National Courts and EU Environmental Law, Hrsg. Jan H. Jans, Richard Macrory, Angel-Manuel Moreno, 215-222. Groningen: Europa Law Publishing.
- Madner, Verena, Mayr, Stefan, Prochazka, Katharina, Hollaus, Birgit, Hartlieb, Johannes. 2013. Smart cities from a legal and governance perspective. In: smart city - Viennese Expertise Based on Science and Research, Hrsg. Widmann, 84-88. Wien: Schmid Verlag.
- Madner, Verena, Niederhuber, Martin. 2013. Abfallbehandlungsanlagen. In: Öffentliches Wirtschaftsrecht. Band II, 3. Auflage, Hrsg. Holoubek/Potacs, 891-941. Wien: Springer.
- Mayr, Stefan. 2013. Richterliche Rechtserzeugung und die Grenzen der "Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge" durch den EuGH. 53. Assistententagung Öffentliches Recht, Bern, Schweiz, 05.02-08.02.
- Mayr, Stefan. 2013. Putting a leash on the court of justice? Preconceptions in national methodology v Effet Utile as a Meta-Rule. European Journal of Legal Studies 5 (2): 8-21.
- Meyer, Renate, Egger-Peitler, Isabell, Höllerer, Markus, Hammerschmid, Gerhard. 2013. Of bureaucrats and passionate public managers: Institutional logics, executive identities, and public service motivation (doi: 10.1111/j.1467-9299.2012.02105.x). Public Administration.
- Meyer, Renate, Höllerer, Markus, Leixnering, Stephan. 2013. A question of value(s): Executive compensation, politicization, and the political embeddedness of public sector organizations. EGPA Annual Conference, Edinburgh, Großbritannien, 11.09.-13.09.
- Meyer, Renate, Leixnering, Stephan. Forthcoming. Public Sector Organizations. In: Elsevier International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Hrsg. James D. Wright, Oxford: Elsevier.
- Seiwald, Johann, Meyer, Renate, Hammerschmid, Gerhard, Egger-Peitler, Isabell, Höllerer, Markus. 2013. Neue Wege des Haushaltsmanagements: Internationale Erfahrungen, Herausforderungen und Trends. Berlin: edition sigma.
- Sergi, Viviane, Kornberger, Martin, Schultz, Majken. 2013. Travelling with branding: Exploring the kaleidoscopic

nature of branding. 29th EGOS Colloquium, Montréal, Kanada, 04.07.-06.07.2013.

2.3 Lehre

Im Bereich des Regelstudiums trägt das Forschungsinstitut zu besseren Spezialisierungsmöglichkeiten für Studierende im Bereich Public sowie Urban Management und Governance bei. Auf Bachelor-Ebene werden entsprechende Lehrinhalte im Rahmen der Speziellen Betriebswirtschaftslehre „Public Management“, auf Master-Ebene im Rahmen von Electives im General Management-Master integriert und laufend weiterentwickelt. Im Rahmen von Diplom- bzw. Bachelor- und Masterarbeiten konnten Studierende kommunale Themenstellungen insbesondere zu den Themen der Forschungsschwerpunkte laufend bearbeiten. Zudem wurden auch MBA-Masterarbeiten im „Public Auditing“-Programm der Executive Academy zu den Themen Beteiligungsmanagement sowie Risikomanagement und interne Kontrollsysteme in Gebietskörperschaften von MitarbeiterInnen des Forschungsinstituts betreut.

Im Berichtsjahr 2013 wurde in einzelnen Lehrveranstaltungen ein besonderer Schwerpunkt auf Public Corporate Governance gelegt. Gastvortragende dazu waren Mag. Peter Erhart (United Nations Headquarter, New York), Ulrike Haidenthaller, M.A. (Österreichischer Arbeitskreis für Corporate Governance), Dr. Wolfgang Graf (Unternehmensberater) sowie Dr. Heidi Hirsto (Department of Management Studies, Aalto Universität, School of Business,

Helsinki, Finnland).

Der „Praxisdialog“, das Vortrags- und Diskussionsforum des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance und des Instituts für Public Management, wurde in die Lehrtätigkeit integriert, und so konnten im Jahr 2013 verschiedene ExpertInnen zum und aus dem öffentlichen Management begrüßt werden, u.a.:

- Mag. David Brenner (Landeshauptmann-Stellvertreter sowie Landesrat für Finanzen und Liegenschaften, Kultur und Sport des Landes Salzburg 2007-2013)
- SenR Mag. Richard Gauss (Bereichsleiter für Finanzmanagement, Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales der Stadt Wien)

Im Rahmen eines DissertantInnenseminars wurden aktuelle Fragen des Wasserrechts und Rechtsfragen der kommunalen Wasserversorgung untersucht. Eine von der Leitung der MA 49 geführte Exkursion zu den Anlagen der Wiener Hochquellleitung an ihrem Ursprung im steirischen Wildalpen bildete den Ausgangspunkt für die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

In der SBWL Public Management gab es im Berichtsjahr eine Kooperation mit den Wiener Vertretungen des Europäischen Parlaments (Mag. Huberta Heinzl) sowie der Europäischen Kommission (Mag. Patrick Lobis) zum Thema Management und Governance in der EU.

2.4 Veranstaltungen

1. Österreichischer UVP-Tag

Anlässlich des 20. Jahrestages der Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde dieses Instrument im Rahmen des von Univ.-Prof. Dr. Verena Madner erstmals organisierten UVP-Tags auf den Prüfstand gestellt, wobei Meilensteine analysiert und ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen gegeben wurde. Über 160 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Unternehmen in Österreich gingen dabei u.a. folgenden Fragen nach: Was ist der Beitrag der UVP zum Umweltschutz und was kann die UVP zu Klimaschutz und Energiewende beitragen?

EUFJE Conference 2013

Vom 29. bis 30. November 2013 veranstaltete Univ.-Prof. Dr. Verena Madner eine Konferenz zum Thema „Access to Justice in Matters of Environmental Law“. VertreterInnen aus 14 EU-Mitgliedstaaten sowie der EU-Kommission und des EuGH diskutierten dabei im Licht der aktuellen Judikatur des EuGH sowie des Aarhus Compliance Committee die jüngsten rechtspolitischen Entwicklungen im Bereich des Rechtsschutzes im Umweltrecht.

2.5 Vortragstätigkeit, Executive Education und Wissenstransfer

Das Forschungsinstitut stand auch im Berichtszeitraum 2012 als Ansprechpartner der Stadt Wien bei der Weiterentwicklung und Schulung im Rahmen der Führungskräfte- und

Nachwuchsführungskräfteausbildung, der Internen Revision sowie der AufsichtsrätInnen zur Verfügung. Die Detailplanung erfolgte dabei zumeist gemeinsam mit der Verwaltungsakademie der Stadt Wien:

Im Bereich der Executive Education waren WissenschaftlerInnen des Instituts als Vortragende (z.B. an der Wiener Planungsakademie und der Wiener Verwaltungsakademie) tätig und wirkten an ausgewählten Veranstaltungen im Rahmen der Management Circles (Vergaberechtslehrgang) und des Managementlehrgangs für DienststellenleiterInnen der Stadt Wien mit. Das Forschungsinstitut fungierte zudem auch als Gastgeber der Abschlussveranstaltung des diesjährigen DienststellenleiterInnen-Lehrgangs; Univ.-Prof. Dr. Renate Meyer stellte dabei erste Ergebnisse der europäischen Führungskräftebefragung im Rahmen des COCOPS-Projektes (s.o.) vor. Die WissenschaftlerInnen des Instituts leisteten darüber hinaus z.B. mit der Teilnahme an Kamingesprächen und Workshops sowie mit Impulsreferaten einen Beitrag zum Austausch zwischen der Wissenschaft und den (Nachwuchs-)Führungskräften der Stadt Wien und ihrer ausgegliederten Einheiten und brachten dabei auch ihre Kontakte zu anderen ForscherInnen ein. Weiters lehrten Mitglieder des Forschungsinstituts an der FH BFI Wien.

Das Institut trug durch eine praxisorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen (z.B. Bereitstellung von Forschungsberichten) zum Wissenschaftstransfer in die Verwaltungspra-

xis auch auf Bundesebene (z.B. durch die Präsentation erster Ergebnisse aus der COCOPS-Untersuchung zu „Wirkungsorientierung und Steuerung“ von Dr. Stephan Leixnering im Bundeskanzleramt) sowie im internationalen Austausch bei.

Weiters leisteten die Institutsleiterinnen und MitarbeiterInnen des Forschungsinstituts durch die Tätigkeit in verschiedenen Gremien, ExpertInnenkommissionen und Beiräten einen aktiven Beitrag zum Wissenstransfer in die kommunale Praxis. So ist etwa Univ.-Prof. Dr. Verena Madner im ExpertInnenbeirat der Steuerungsgruppe der Stadt Wien „Smart City Wien“) tätig. Univ.-Prof. Dr. Renate Meyer ist Mitglied im Aufsichtsgremium des Wiener Krankenanstaltenverbundes, sowie (gemeinsam mit Dr. Stephan Leixnering) im wissenschaftlichen Beirat des außeruniversitären Forschungsinstituts für Public Social Responsibility. Dr. Stephan Leixnering war Jury-Mitglied des „European Public Sector Award 2013“ des European Institute of Public Administration, und Mag. (FH) Isabell Egger-Peitler war im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Kommunalwirtschaftsforums 2014 tätig.

Die MitarbeiterInnen des Forschungsinstituts gestalteten die Juli-Ausgabe der WU-Alumni-News zum Thema „Urban Governance“ und konnten so die Forschungstätigkeit des Instituts gegenüber einer breiten Leserschaft (Reichweite 30.000) kommunizieren.

Auch im Berichtsjahr fand internationaler Austausch auf unterschiedlichen Ebenen statt:

Das Forschungsinstitut ist Partner der europäischen COST-Action „Local Public Sector Reforms: An International Comparison“ (Univ.-Prof. Dr. Renate Meyer und Dipl.-Verw. Wiss. Tobias Polzer), einem europäischen Forschungsnetzwerk mit über 100 WissenschaftlerInnen aus derzeit 27 Ländern. Das konkrete Ziel ist die vergleichende Analyse lokaler Reformmaßnahmen in ausgewählten Bereichen. Dieser (bisher einzigartige) systematische Vergleich soll in weiterer Folge auch Rückschlüsse für eine zukünftige Modernisierung des öffentlichen Sektors erlauben.

WissenschaftlerInnen des Forschungsinstituts trugen auch durch Vorträge und als GastgeberInnen internationalen Austauschs zur internationalen Vernetzung bei, etwa Dr. Stephan Leixnering zum Thema „Aktuelle Fragen der Public Corporate Governance“ in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Universität St. Gallen oder Dipl.-Verw. Wiss. Tobias Polzer im durch einen Vortrag zu „The Austrian System of Governance and Public Administration“ für KollegInnen der Universität Birmingham.

Weiters waren 2013 Prof. Dr. Caroline Dufour (School of Public Policy and Administration, York University, Canada), Mag. Peter Erhart (United Nations Headquarters, New York) sowie Dr. Heidi Hirsto (Department of Management Studies, Aalto Universität, School of Business, Helsinki, Finnland) als GastwissenschaftlerInnen am Forschungsinstitut tätig.

5 Finanzmittel

(siehe Anhang Finanzplan)

Kontakt

Forschungsinstitut für
Urban Management & Governance
WU Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
www.wu.ac.at/urban